

RATHHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 08/2011

18. Jahrgang

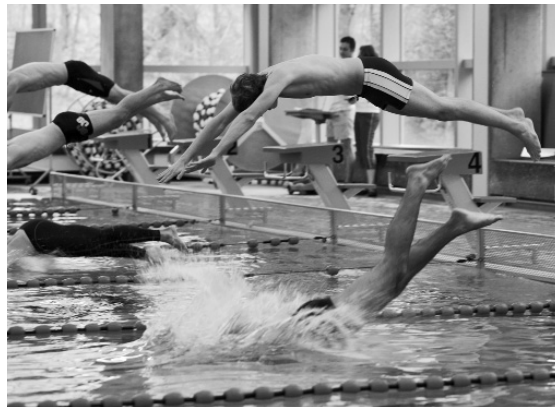
36./37. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. November 2011

Bedarfsgerecht sind zwei Bäder: Brauhausberg und Bornstedter Feld

Bei der Frage eines Schwimmbades wird es nicht mehr nur um die Alternative gehen: Brauhausberg oder Bornstedter Feld. Ein Bürgerforum Potsdamer Norden hat sich inzwischen – gestützt von kurzfristig gesammelten 1400 Unterschriften – zu Wort gemeldet und besteht auf einem Bad im Volkspark, das ja von den Stadtverordneten im Januar 2010 beschlossen worden ist.

Die Variante „sowohl als auch“ ist für DIE LINKE schon immer eine Option gewesen. Hans-Jürgen Scharfenberg führte sie auch in der Begründung des Dringlichkeitsantrages an, mit dem die Fraktion zunächst die Aufhebung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zum Bau eines Freizeitbades im Bornstedter Feld und des Ausschreibungsverfahrens erreichen wollte. „Also lassen Sie uns ohne weiteren Zeitverzug einen Ausgangspunkt schaffen“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg, „der den Bürgerwillen, die reale Kostenentwicklung und die Entwicklung im Umfeld von Potsdam berücksichtigt. Das heißt für uns: Erhalt und Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg, verbunden mit der Option des Baus eines Kiezbades im Bornstedter Feld.“

Wie bereits beim grundsätzlichen Beschluss zum Bau des Freizeitbades im Bornstedter Feld auf Kosten des Schwimmbades am Brauhausberg, stand der LINKEN die geschlossene Rathauskooperation gegenüber (21:31). SPD und FDP hatten einen Änderungs-/Ergänzungsantrag gestellt, der auf der neuen Linie der SPD beruht, die den SVV-Beschluss erstmals in Frage stellt und mit einem Kostenvergleich von einem „Basisangebot“ Bornstedter Feld und Sanierung Brauhausberg im



Hoch hinaus oder flach ins Wasser?

Dezember eine Alternativentscheidung erwirken will. Dieser wurde nach Protokollnahme der Zusage des Oberbürgermeisters, diesen Vergleich, unter Einbeziehung eines Sportbades, werde er im Dezember vorlegen, zurückgezogen.

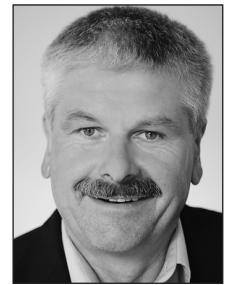
„Dieser Vergleich ist lange fällig und zugesagt“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg, nachdem die Rechnungen der Bürgerinitiative „Pro Brauhausberg“ nicht mehr vom Tisch zu wischen seien und die Sanierung dieser Schwimmhalle schließlich auf den zweiten Platz des Bürgerhaushaltes gelangt ist. Die Gefahr bestehe jetzt darin, dass die Verwaltung die Sanierungskosten für die Schwimmhalle – wie bereits versucht – hochrechne. Außerdem sei bei einem Neubau eines Freizeitbades die neue Situation zu berücksichtigen, dass ein solches bereits in Ludwigsfelde existiert und in Werder Baubeginn war. Man sollte hier nicht eine Konkurrenzsituation schaffen, sondern auf eine fruchtbare interkommunale Zusammenarbeit setzen. „Das Bad am Brauhausberg zu erhalten und ein Sportbad im Bornstedter Feld zu bauen, wären ein bedarfsgerechtes Angebot“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg.

Mit auf den Weg ...

Liebe

Potsdamerinnen und Potsdamer,

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung hat rechtswidrig gehandelt, als er den Antrag von mehr als einem Fünftel der Stadtverordneten auf Durchführung einer Sondersitzung ganz im Sinne der



Rathauskooperation abgelehnt hat. Das stellte die von den Linken angerufene Kommunalaufsicht im Innenministerium in seltener Eindeutigkeit und Schärfe fest. Herr Schüler hat es nach Eingang des Minderheitenantrages von Stadtverordneten der Linken, der Anderen, des Bürgerbündnisses, der Grünen und der Potsdamer Demokraten nicht für nötig gehalten, seine Stellvertreter zu konsultieren oder mit dem Rechtsamt zu sprechen, sondern festgelegt, dass die für den 17. Oktober geforderte Sondersitzung erst am 2. November, zwei Stunden vor der regulären Sitzung, stattfindet. Mein Widerspruch blieb unbeantwortet. Die Stellungnahme der Kommunalaufsicht kam kurz vor der Sitzung am 2. November an. Daraufhin entschuldigte sich Herr Schüler zerknirscht und übernahm die volle Verantwortung, die er ja auch trägt. Wie hätte sich Herr Schüler zu dieser Verletzung eines wichtigen Minderheitenrechts verhalten, wenn der Autoritätsbeweis durch die Kommunalaufsicht nicht vorgelegen hätte? Der von uns gestellte Abwahlenantrag ist immerhin auch von neun Stadtverordneten anderer Fraktionen unterstützt worden, aber letztlich doch mit den Stimmen der Rathauskooperation abgelehnt worden. Der gesamte Vorgang ist klarer Ausdruck der Arroganz der Macht. Der Oberbürgermeister hat seine Verantwortung, für die Einhaltung des geltenden Rechts zu sorgen, nicht wahrgenommen, sondern die Kumpanei noch befördert. So etwas darf sich nicht wiederholen!

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
MdL, Fraktionsvorsitzender

Auch das ist Potsdam! – WagenHausBurg auf Hermannswerder

2001 wurde das Wohnprojekt WagenHausBurg auf Initiative der Stadt vom Lerchensteig nach Hermannswerder umgesiedelt.

Seitdem leben dort mehr als 20 Menschen, die mit dem Verein Fairwiese e.V. vielfältige Angebote vor allem für Familien entwickelt haben, auf der Halbinsel und im Stadtteil fest vernetzt sind.

Dieser Standort wird von der Verwaltung in Frage gestellt. Der jetzige Vertrag soll im April 2012 auslaufen, angeboten wird ein auf fünf Jahre befristeter neuer Vertrag. Das einst in Aussicht gestellte Erbbaurecht ist vom Tisch. Alternativstandorte werden in Aussicht gestellt, wissend, dass es die gar nicht gibt.

Die Verwaltung hat aber vom Hauptausschuss den eindeutigen Auftrag, die Möglichkeiten einer langfristigen Nutzung zu prüfen. Sie versucht ihn aber durch nicht belegte Argumente zu unterlaufen. Das akzeptieren weder die Bewohner/innen noch wir.

Wir fordern, dass nach drei Jahren ergebnislosen Verhandeln endlich Klarheit über die Zukunft dieses Projektes und vor allem der Menschen, die dort leben und gesellschaftlich aktiv sind, geschaffen wird.

Es stünde der Stadt Potsdam gut zu Gesicht, diese etwas andere Lebensform zu unterstützen und dafür auch dieses Grundstück in exklusiver Lage zur Verfügung zu stellen, anstatt es verwerten zu wollen. Koste es, was es wolle!

Dr. Sigrid Müller
Jugendpolitische Sprecherin der Fraktion



Sachkundige Einwohner

Matthias Lack und Jan Hanisch sind bei der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich als sachkundige Einwohner bestätigt worden. Matthias Lack wird im Ausschuss für Gesundheit und Soziales arbeiten und Jan Hanisch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

Unterführung Berliner Straße

Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen soll ein Antrag diskutiert werden, eine verkehrstechnische Untersuchung für eine Unterführung des Fahrzeugverkehrs von Richtung Thomas-/Behlertstraße in Richtung Humboldtbrücke durchzuführen. Ralf Jäkel begründete den Vorschlag für eine etwa 150 Meter lange Unterführung der Berliner Straße zur wirkungsvollen Entlastung des Verkehrsknotens.

Aufsichtsratsmitglieder

Ein Handlungskatalog für Aufsichtsratsmitglieder in städtischen Unternehmen und Unternehmen mit städtischer Beteiligung soll im Hauptausschuss beraten werden. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete den Antrag aus den aktuellen Erfahrungen, mehr Transparenz zu erreichen und den Aufsichtsratsmitgliedern Sicherheit im Umgang mit ihren Rechten und Pflichten sowie der Verschwiegenheitspflicht zu geben.

Bericht zur Fäkalienabfuhr

Im Dezember soll die Verwaltung einen Bericht zu den Erfahrungen mit den neuen Regelungen zur Fäkalienabfuhr vorlegen. Hans-Jürgen Scharfenberg verwies auf die vielfachen Kritiken an der Erhöhung der Gebühren von

Kleingärtnern und Eigenheimbesitzern, aus denen sich möglicherweise Änderungsbedarf ergebe.

Kommunale Unternehmen

Die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Unternehmen Potsdams soll erleichtert werden. Dieser Beschluss ist mit 31:13 Stimmen gefasst worden. Damit soll ein zustimmendes Signal für den Entwurf eines Gesetzes für Kommunale Daseinsvorsorge im Land Brandenburg gesendet werden. Das betrifft vor allem die Lockerung des Örtlichkeitsprinzips und die Erleichterung der Annexstätigkeit (Tätigkeiten, die der Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes der Gemeinde dienen. Sie haben ausschließlich unterstützenden Charakter).

Kein Knabengymnasium in Potsdam

Stephan Wollenberg begründete den Antrag, die Ansiedlung eines katholischen Knabengymnasiums in Potsdam nicht zu unterstützen. Ein antiquiertes Bildungskonzept solle keinen Raum und keine Unterstützung bekommen. Dieses müsse nicht beschlossen werden, erklärte die zuständige Beigeordnete Iris Jana Magdowski. Die Beschlusslage dazu gibt es bereits. Sie bleibt Handlungsgrundlage. Ein konkreter neuer Schulstandort müsse immer von den Stadtverordneten beschlossen werden. Der Antrag wurde zurückgezogen.

Die LINKE fragte – die Verwaltung antwortete (37. Sitzung)

Flächennutzungsplan 2011

Auf die Frage von Jana Schulze nach dem Terminablauf für die Diskussion des Flächennutzungsplanes 2011 antwortete Matthias Klipp. Der Entwurf werde den Stadtverordneten am 7.12.2011 vorgelegt, die Diskussion in den Fachausschüssen könnte bis Februar 2012 abgeschlossen sein und die Beschlussfassung in der SVV am 7. März 2012 erfolgen. Anschließend erfolge die Übersendung an das Ministerium und schließlich die Veröffentlichung im Amtsblatt. Damit könnte eine Gültigkeit voraussichtlich im April oder Mai 2012 erreicht werden.

und an Wochenenden sei über den nördlichen Zugang möglich. Im Belegungsplan sei man bemüht, dass die bisherigen Vereine dort auch wieder trainieren können.

Armeelazarett Großbeerenstraße

Auf die wiederholte Anfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg nach der Perspektive des ehemaligen Armeelazaretts in der Großbeerenstraße erklärte Matthias Klipp, dass das Gelände nach wie vor von der BlmA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) angeboten werde. Ein Interessent habe sich wieder zurückgezogen. Investoren mit tragfähigem Konzept werden gesucht.

Neue Turnhalle Marienschule

Werden die Sportvereine, die die alte Turnhalle der Schule am Griebnitzsee nutzen, auch Zugang zur neuen Turnhalle erhalten, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen, nachdem ihm die Sorge von Sportvereinen mitgeteilt worden ist. Iris Jana Magdowski erklärte, dass die Sporthalle für schulische und sportliche Zwecke vorgesehen sei. Der Zugang für Sportvereine ab 16 Uhr

Willi-Frohwein-Platz

Wann der Beschluss der SVV und der Vorschlag des Kulturausschusses, den bisher namenlosen Platz am Findling in Babelsberg als „Willi-Frohwein-Platz“ zu benennen und zu gestalten, umgesetzt werde, wollte Sigrid Müller erfahren. Der Platz werde anlässlich des 89. Geburtstages des Antifaschisten am 27. März 2012 eingeweiht, erklärte Matthias Klipp.

Dauerkleingärten in Babelsberg

Bis März 2012 soll ein B-Plan Nr. 122 vorgelegt werden, mit dem die Kleingartenanlagen in Babelsberg Nord als Dauerkleingärten gesichert werden.

Gerechte Bezahlung im Klinikum

Mit einem Ergänzungsantrag unterstützte DIE LINKE den Antrag Der Anderen, dass die Beschäftigten des Klinikums Ernst von Bergmann und seiner Tochtergesellschaften schrittweise an das Tarifniveau des VKA (Verband der Kommunalen Arbeitgeber) herangeführt werden.

Schwimmhalle Brauhausberg

Da ein Antrag der Fraktion BürgerBündnis mehrheitlich beschlossen wurde, erledigte sich der der LINKEN. Es sollen keine Vertragsabschlüsse und Grundstücksgeschäfte am Brauhausberg und im Bornstedter Feld getätigt werden, bis über den Standort einer Schwimmhalle entschieden worden ist.

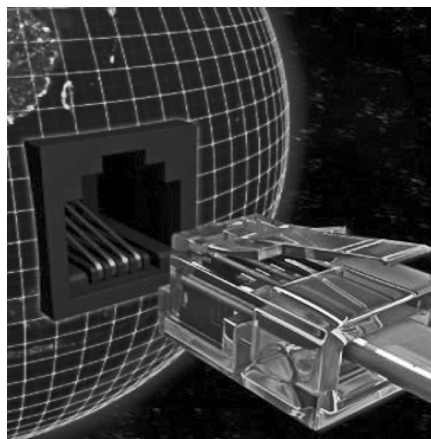
Ticket für kinderreiche Familien

Die derzeitige Familienkarte für den Eintritt in die städtischen Strandbäder bezieht sich auf zwei Erwachsene und zwei Kinder. Dies sei nicht zu vertreten, begründete

Gabriele Herzel den Antrag der LINKEN, eine Familienkarte auf zwei Erwachsene plus (die reale Anzahl) Kinder zu beziehen, was Kosten von etwa 1000 Euro verursachen würde. Mit ihrem Antrag setzte sich DIE LINKE auch gegen den geäußerten Generalverdacht des möglichen Missbrauchs durch. Diese Familienkarte zum gewohnten Preis von 6 Euro soll ab der Sommersaison 2012 gelten.

Live-Übertragung im Internet

Die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten sollen nach dem Willen der LINKEN künftig im Internet übertragen wer-



den. DIE LINKE hatte den Einwand, wegen der Persönlichkeitsrechte müsse der Beschluss einstimmig gefasst werden, widerlegt und damit halbherzige Beteuerungen zu höherer Transparenz entlarvt. Im Januar soll die Verwaltung einen Vorschlag zur technischen Umsetzung vorlegen.

Wohnortnaher Ausweich für Kitas

Der sanierungsbedingte Umzug aus den Kitas „Storchennest“ und „Montessori-Haus“ von 2013 bis 2015 soll wohnortnah erfolgen. Jana Schulze begründete diesen Antrag mit der Mitteilung, dass die Kita in drei Abschnitten saniert werden könne und damit – im Gegensatz zu den bisherigen Planungen – nur jeweils 80 bis 100 Kinder umziehen müssten. Der Antrag wurde mehrheitlich bestätigt.

Vorgaben für Grundstücksverkäufe

Mehrere Anträge der Fraktionen beschäftigten sich mit Vorschlägen, die Verkäufe von städtischen Grundstücken besser zu regeln. Mehrheitlich beschlossen wurde der Antrag der LINKEN, Grundstücksverkäufe am Leitfaden der EU-Kommission zu orientieren, wozu vor allem gehört, das Verkaufsangebot mindestens zwei Monate zu publizieren.

In die Ausschüsse

Tierheimneubau

Einen Antrag der LINKEN, dem Tierschutzverein Potsdam ein Grundstück für den Bau eines Tierheims zum Kauf anzubieten, hatte der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung bereits relativiert und, ohne den Tierschutzverein zu nennen, auf die Marquardter Straße bezogen. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag zurück verwiesen, und der Oberbürgermeister erklärte, dass er zur Hauptausschusssitzung im Dezember 2011 geeignete Grundstücke für einen Tierheimbau vorschlagen werde. Ein geeignetes werde dann ausgeschrieben. Darum könnten sich alle Interessenten bewerben.

Schülerfahrtkosten

In den Finanzausschuss überwiesen wurde der Antrag der LINKEN, die Schülerfahrtkosten weiter zu senken. Die Einsparungen im städtischen Haushalt durch das Bildungs- und Teilhabepaket sollten für die weitere Subventionierung des Potsdamer Schülertickets eingesetzt werden.

B-Plan 18 Kirchsteigfeld

In die Ausschüsse Stadtentwicklung sowie Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung ist ein Antrag der LINKEN mit einem Antrag der Verwaltung zum Thema überwiesen worden. DIE LINKE will erreichen, dass vor einer Änderung des B-Planes abschließend über den Flächennutzungsplan der Stadt entschieden wird.

Persönliche Verantwortlichkeit

Das Verhalten der Verwaltung müsse aufgeklärt werden. In einem Antrag der LINKEN (ähnlich dem der CDU/ANW), soll untersucht werden, warum den drei Besitzern der Eigenheime im Bertiniweg trotz entsprechender Kaufanträge kein Vorkaufrecht gewährt worden ist. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Besser umsteigen

Die Vorschläge des Bahnkunden-Verbandes „Besser umsteigen am Potsdamer Haupt-

bahnhof“ soll der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen analysieren und dann einen Vorschlag für die schrittweise Realisierung unterbreiten.

Seebühne des Hans-Otto-Theaters

In die Ausschüsse für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie Kultur wurde der Antrag der LINKEN überwiesen, die Voraussetzungen für die Planung und Finanzierung einer Seebühne zu schaffen, damit diese für das Hans-Otto-Theater im Jahr 2013 gesichert werden kann. Karin Schröter begründete das lange diskutierte Vorhaben damit, die Schiffbauergasse als Kulturstandort aufzuwerten.

WagenHausBurg Hermannswerder

Die Frist von fünf Jahren für die Verlängerung des Mietvertrages für die Bewohnerinnen und Bewohner der WagenHausBurg auf Hermannswerder soll verlängert werden. Außerdem soll eine dauerhafte Lösung an diesem Standort gefunden werden. Der Hauptausschuss soll monatlich über Ergebnisse informiert werden.

**Sitzungen der
Fraktion DIE LINKE in der
Stadtverordneten-
versammlung**

Stadthaus, Raum 3.107,
Beginn jeweils 18 Uhr
14., 21. und 28. November 2011;
05. und 12. Dezember 2011

**38. Sitzung der Stadt-
verordnetenversammlung**

Stadthaus, Plenarsaal
07. Dezember 2011,
Beginn 15 Uhr
mit Einwohnerfragestunde

„Rathausreport live“

Kino-Café Konsum (Thalia-
Kino), Rudolf-Breitscheid-
Straße 50, OT Babelsberg
11. Dezember 2011, 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“
Nummer 9/2011**

Stadthaus, Raum 3.107
16. bis 21. Dezember 2011
(außer Sa. und So.)

**Info-Stände
in den Stadtteilen:**

16. Dezember 2011:

14:30 Uhr Kepler-Platz/
Am Stern
15:30 Uhr Havel-Nuthe-
Center/
Stadtteil Drewitz

17. Dezember 2011:

10:00 Uhr Weberplatz/Stad-
teil Babelsberg
10:30 Uhr Kaiser's/
Kirchsteigfeld

**Bürgersprechstunde Dr. Hans-
Jürgen Scharfenberg (Mdl)
und Fraktionsvorsitzender:**

Dienstag, 22. November 2011,
17 – 18 Uhr im Bürgerbüro, Ga-
lileistraße 37 – 39 (Bürgerhaus
Stern*Zeichen)
Vorankündigungen bitte unter:
Tel.: 0331/600 50 69; Mail:
wkbscharfenberg@aol.com

Lärmschutz, Abwasser und Kirchsteigfeld bewegen die Stern-Bewohner

Wenn DIE LINKE zu Rathaus-Report Live ins Bürgerhaus am Stern einlädt, dann ist der Raum immer gut gefüllt. In diesem Stadtbezirk gibt es viele Einwohner und Initiativen, die das Leben bereichern, sich aber auch einmischen, was in ihrem Wohngebiet geschieht. Und sie haben in Hans-Jürgen Scharfenberg und der Fraktion der LINKEN erfahrungsgemäß einen guten Partner für ihre Anliegen gefunden. Daher war es kein Wunder, dass – nach der kurzen Information über die denkwürdige SVV, die sich auch in dieser Ausgabe des Rathausreport widerspiegelt – sehr schnell zu den Problemen kam, die die Einwohner vor ihrer Haustür bewegen.

Gerd Malinowski hatte schon ungeduldig auf den Fraktionschef gewartet, um zu berichten, dass sich nichts getan hätte mit dem Lärmschutz an der Nuthe-Schnellstraße. Alle Bemühungen liefen ins Leere. Die Nuthe-Schnellstraße ist eine Landesstraße, für den Lärmschutz also das Land zuständig. „Aber ich bin Einwohner von Potsdam“, sagte Herr Malinowski. Stadt und Land an einen Tisch zu bekommen, sei bisher nicht möglich gewesen. Jetzt werde er sich mit einer Unterschriftensammlung an den Petitionsausschuss des Landtages wenden.

Ein weiteres Problem ist hausgemacht: Die neue Ordnung zur Abwasserentsorgung führt bei Familie Fröhlich in der Neudorfer Straße dazu, dass für die nicht an die zentrale Entsorgung angeschlossenen Häuser Gebühren verlangt werden und außerdem noch die Ent-



Investor Michael Hoyer-Schönbeck informierte über den Weiterbau auf dem Keplerplatz. Dort werde auch die zweite Ladenzeile saniert.

sorgung der eigenen Grube (fünf Mal jährlich für 90 Euro) bezahlt werden muss. „Wir fühlen uns betrogen“, sagte Herr Fröhlich. Einen Bericht der Verwaltung über die Auswirkungen der neuen Regelungen bei der Fäkalienabfuhr habe die LINKE gerade in einem Antrag verlangt, der von den Stadtverordneten beschlossen worden ist, konnte Hans-Jürgen Scharfenberg mitteilen.

Kirchsteigfeld: Wald darf nicht geopfert werden

Wilfried Naumann hatte schon bei der Stadtverordnetenversammlung im Namen der Bürgerinitiative Kirchsteigfeld/Drewitz für den Erhalt des Waldes im Wohngebiet gesprochen. Die BI wolle eine schlimme Entwicklung verhindern, der Wald, der zum Wohngebiet gehöre, sei im 1993 beschlossenen B-Plan 18 „Kirchsteigfeld“ als Ausgleichsmaßnahme festgelegt worden und gebe dem beliebten Stadtviertel für über

5000 Menschen den damals geprägten Charakter „richtig Stadt und doch im Grünen“. Viele Menschen hätten nun Angst, „dass die neuen Planungsziele für eine Änderung des Bebauungsplans, welche ohne Not die Grenzziehung von Gewerbeflächen verändern und einen 12 ha großen Stadtwald für einen Baumarkt und für Pkw-Stellplätze opfern, ihre Lebensqualität drastisch verschlechtern werden.“ Man dürfe nicht den Wald zugunsten einer Straßenanbindung für den Investor opfern. Bereits im März habe die Bürgerinitiative bei einem Workshop einen konsensfähigen Weg vorgeschlagen. Er appellierte an die LINKE, dem Verwaltungsvorschlag zur Änderung des B-Planes in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen. Hans-Jürgen Scharfenberg berichtete, dass der Verwaltungsvorschlag in den Ausschüssen diskutiert werde. Er versicherte: „Es wird keine Entwicklung gegen die Interessen der Bürger geben.“

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam